

7. Rettet die Bienen - zum Zweiten

Antrag des Regierungsrates vom 17. März 2023 und Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 14. November 2023

KR-Nr. 135/2018

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Kantonsrätin Sonja Gehrig, GLP, Urdorf, betreffend «Rettet die Bienen – zum Zweiten» als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, für die Bewirtschaftung oder Verpachtung von kantonseigenem Kulturland die Auflage vorzusehen, dass keine bienenschädigenden Pestizide zum Einsatz kommen.

In seiner Antwort hat der Regierungsrat auf bestehende Verbote und Auflagen des Bundes hingewiesen. Weil diese den Pestizideinsatz wirkungsvoll regeln, hat der Regierungsrat jene Auflagen als zielgerichtet bewertet, mit denen den Folgen des Fehlens von Nahrungspflanzen oder der Intensivierung der Landwirtschaft begegnet wird.

Die WAK nimmt dies zur Kenntnis und anerkennt die Bestrebung des Regierungsrates, in Zukunft bei Pachtverträgen Auflagen für eine bienenfreundliche Bewirtschaftung aufzunehmen, welche auf Erkenntnissen der kantonalen Bienenfachstelle beruhen. Wie schon erwähnt, namens der WAK bitte ich Sie, das Postulat das erledigt abzuschreiben. Danke.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Der Kommissionspräsident hat das Postulat bereits ausgiebig erklärt. Die SVP/EDU-Fraktion wird das Postulat ablehnen. Der Begriff «bienenschädigend» ist überhaupt nicht klar definiert, ich mache hier ein kurzes Beispiel: Wenn eine Biene mit einem Schmiermittel oder mit einem Tonerde-Mehl behandelt wird, ist das für ihre Entwicklung sicher nicht förderlich, obwohl es sich dabei um biologische, natürliche Pflanzenschutzmittel handelt. Sie sehen, wir haben hier schon im Begriff ein Problem. Dazu kommt, dass die Honigbienen als solche gar nicht gefährdet sind im Kanton Zürich, wir haben hier gewisse Studien zitiert. Und die Wildbienen, das ist eine andere Thematik. Bei ihnen ist es sowieso sehr schwierig, überhaupt eine Populationsentwicklung beobachten zu können. Der Bund regelt die Pflanzenschutzmittel. Der Kanton soll hier nicht speziell eingreifen. Und aus genannten Gründen schreibt die SVP/EDU-Fraktion dieses Postulat ab, so wie es auch die WAK einstimmig gemacht hat. Besten Dank.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Besten Dank für diese Antwort, für diesen Bericht des Postulates. Ob wir damit heute die Biene retten, sei dahingestellt. Der Bericht geht aber auf zwei wichtige Punkte ein, erstens: Es handelt sich um ein multifaktorielles Problem. Zweitens: Ein Fokus auf die Wildbienen genügt als solches nicht. Wir nehmen aber mit Genugtuung zur Kenntnis, dass nun die

Landwirtschaftsflächen des Kantons nach sogenannten bienenfreundlichen Richtlinien bewirtschaftet werden sollen.

Bevor wir jetzt aber in den Tenor des wohlwollenden Abschreibens mit einstimmen, möchte ich trotzdem den Fokus nochmals erweitern: Den Insekten geht es schlecht. Rund die Hälfte der Wildbienen sind auf der Roten Liste. Es gibt zwei wesentliche Faktoren, die das verursachen: Es ist, erstens, das fehlende Futterangebot und es sind, zweitens, die fehlenden Nistmöglichkeiten. Die Landwirtschaft hat nur teilweise ihre Hausaufgaben gemacht. Wir sehen das jetzt wieder mit der Ablehnung der Biodiversitätsinitiative auf Bundesebene. Und spätestens jetzt kann ich meine Interessenbindung noch angeben: Ich bin Präsident von Pro Natura Zürich. Die Nisthilfen findet man typischerweise in jeder Landi (*Landwirtschaftliches Detailhandelsunternehmen*), in China produziert. Sie helfen den Hausbesitzerinnen und -besitzern, vielleicht noch ein bisschen Biodiversität in den Garten zu bringen. Nur, wenn dieser Garten aus englischem Rasen, versiegelten Platten, Thuja-Hecken und Kirschlorbeer besteht, dann nützt auch ein Bienenhotel nichts.

Damit kann ich gleich zum nächsten Thema umleiten oder daran anknüpfen: Wir werden ja jetzt dann das PBG (*Planungs- und Baugesetz, Vorlage 5860*) behandeln. Ich hoffe, dass hier möglichst viele für eine ökologische Aufwertung auch in Siedlungsraum stimmen werden. Besten Dank.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Die FDP ist zusammen mit der WAK bereit, das Postulat bezüglich «Rettet die Bienen – zum Zweiten» als erledigt abzuschreiben. Wie bekannt, betrachtet auch die FDP die Bienenförderung generell als ein wichtiges Anliegen und wir haben wir auch entsprechende Vorstösse, vor allem für eine kantonale Bienenstrategie, eingebracht. Wenn wir von Bienen sprechen, geht es auch um ökonomische Gesichtspunkte. Es geht aber auch um die Biodiversität im Allgemeinen. Und ich darf darauf hinweisen, dass vor knapp zwei Wochen die UBS (*Schweizer Grossbank*) ein denkwürdiges White Paper mit dem Titel «Bloom or bust, aligning technology and finance to address biodiversity challenges» zur Herausforderung der abnehmenden Biodiversität herausgegeben hat. Dass der übermässige Einsatz von Pestiziden Bienenbestände, aber auch die Biodiversität im Allgemeinen schädigt, das lässt sich dem Bericht der Regierung entnehmen. Es bestehen indes richtigerweise bereits genügend Verbote und Auflagen auf nationaler Ebene für einen wirkungsvollen und zielgerichteten Pestizideinsatz. Weitere Massnahmen des Kantons sind nicht angezeigt. Eine Ausnahme bilden, wie bekannt, künftig Auflagen bei Pachtverträgen für die bienenfreundliche Bewirtschaftung von kantonseigenem Kulturland. Das scheint uns eine sinnvolle Massnahme. Wir schreiben ab.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Wir sprechen heute über ein Postulat, das 2018 eingereicht wurde. In diesen rund sechs Jahren ist viel gegangen, und dies zum Glück. 2018 wurden auch auf kantonseigenem Kulturland Pestizide eingesetzt, die nachweislich bienenschädigend sind. Heute sind zwar nicht alle, aber

die für Bienen gefährlichsten Pestizide nicht mehr zugelassen. Weitere Massnahmen zum weiteren Absenkpfad der Pflanzenschutzmittel werden vom Bund koordiniert.

Es ist noch mehr gegangen: Seit 2019 hat der Kanton ein Bienenkonzept und seit 2021 hat die kantonale Bienenfachstelle ihre Arbeit aufgenommen. Sie koordiniert die nötigen Massnahmen für einen besseren Bienenschutz. Hervorzuheben ist dabei: Der Kanton hat in den neuen Pachtverträgen mit seinen Bewirtschaftenden fünf Auflagen für eine bienenfreundliche Bewirtschaftung gemacht, namentlich für den Verzicht auf bienenschädigende, bienengefährdende Pflanzenschutzmittel oder auf deren Einsatz ausserhalb des Bienenflugs. Die Mahd soll bienenfreundlich ausfallen und es sollen geeignete Niststrukturen vorhanden sein. Schliesslich braucht es für die Bienen ein ausreichendes Nahrungsangebot in Form von vielfältigen Blütenpflanzen. Bei bestehenden Pachtverträgen – das ist auch sehr wichtig – werden die Änderungen zum Zeitpunkt der Pachtverlängerung, also alle sechs Jahre, in den Vertrag integriert. Der bessere Bienenschutz ist zwar noch nicht genug, aber höchst erfreulich. Schliesslich gehören Honigbienen sowie die über 300 Wildbienenarten, die im Kanton Zürich vorkommen, zu den wichtigsten Bestäubern von Wild- und Kulturpflanzen und sind daher von erheblicher ökologischer Bedeutung. In den letzten Jahren ist demnach so viel gegangen, dass wir heute dieses Postulat abschreiben können.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Im November 2014 lehnte der damalige Regierungsrat ein Postulat mit dem Titel «Rettet die Bienen» (KR-Nr. 218/2014) ab, das einen Verzicht auf bienenschädigende Pestizide auf kantonseigenem Kulturland forderte. Dass ein solches Postulat abgelehnt wird, können wir uns zehn Jahre später gar nicht mehr vorstellen. Heute ist fast allen bewusst, dass wir die Bienen brauchen und es uns nicht leisten können, sie zu verlieren. Die Bedeutung der Bienen ist unbestritten. Doch trotz diesem Wissen fehlt es den Bienen an Nahrungspflanzen und Lebensräumen. Die Tiere werden zu Tausenden von sogenannten Mähauflbereitern zerquetscht oder nehmen Schaden durch unsachgemässe Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln. Und sie sterben wegen Varroamilben oder den Bakterienkrankheiten Faul- und Sauerbrut. Wir können jedoch festhalten, dass die Honigbienen stabil geblieben sind und die meisten als «gefährlich für Bienen» eingestuftes Pflanzenschutzmittel zurückgezogen wurden. Hingegen sind die artenreichen Wildbienen nach wie vor gefährdet. Dazu wurde von den Grünen im Dezember 2023 eine entsprechende Anfrage eingereicht, sind doch Wildbienen massgeblich an der Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen beteiligt. Und ihr Schutz ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch von grösster Wichtigkeit. Die Postulantinnen stellten während der Beratung des Postulates zusätzliche Fragen, unter anderem bezüglich Absenkpfad der Pflanzenschutzmittel, die seitens der Baudirektion ausführlich beantwortet wurden. Damit schreiben wir Grünen das Postulat ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich kann es kurz machen: Die Mitte-Fraktion anerkennt die seit 2018 von der Landwirtschaft, aber auch von der Bau-
direktion getroffenen Massnahmen zum Schutz der Bienen und stimmt der Ab-
schreibung zu. Besten Dank.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Nicht nur Banken sind
systemrelevant, sondern auch Bienen. Das wusste ich gar nicht, aber ich habe
mich hier belehren lassen. Und wenn Sie gerne Wein haben oder Tomaten essen
oder sonst tolles Gemüse auf dem Teller haben, dann sollten Sie ein grosses Inte-
resse an den Bienen haben. Auch wenn Sie Bauer sind: Wenn Sie Obstbauer sind,
hängen 85 Prozent Ihrer Erträge direkt von der Leistung der Bienen ab. Und ich
musste etwas schmunzeln, dass man das beziffern kann, es stand dort 342 Millio-
nen Franken. Ich bin froh, dass die Bienen uns diese Arbeit abnehmen. Ich kann
mir kaum vorstellen, dass Sie gerne auf Leitern klettern würden und diese Bestäu-
bungstätigkeit selber übernehmen möchten. Also, wir brauchen nicht nur Schafe,
Schweine, Rinder, sondern eben auch Bienen, insbesondere die Landwirte selber.
Ich bedanke mich für den informativen Bericht, der sehr spannend war, und ich
habe dann festgestellt: Die Bienen vergiften wir nicht. Sie können aber krank wer-
den durch Milben oder sie können verhungern. Und da habe ich als Hausbesitzer
mit meinem englischen Rasen eine Verantwortung, so wie auch Sie als Landwirte,
und ich denke, Sie nehmen diese Verantwortung wahr.

Ich danke für den ausführlichen Bericht und für alles, was bereits gemacht wird.
Auch die EVP-Fraktion wird dieses Postulat abschreiben, ohne die Bienen und
ihre Bedeutung zu vergessen.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Ich möchte kurz in Erinnerung rufen, was ich bereits
vor über drei Jahren bei Überweisung des Postulates gesagt habe: Bienen und an-
dere Insekten sind offiziell die wichtigsten, also eben die systemrelevantesten Le-
bewesen auf unserem Planeten. Immerhin werden weltweit fast 90 Prozent aller
Blütenpflanzen und drei Viertel aller Nutzpflanzen von Insekten bestäubt, darun-
ter auch 87 der weltweit wichtigsten Nahrungspflanzen wie Kakao, Kaffee, Man-
deln, Tomaten oder Äpfel. Der wirtschaftliche Wert dieser Ökosystemdienstleis-
tungen wird weltweit auf mehrere 100 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt.
Nun, das Hauptanliegen des Postulates ist und war: Gehen wir als Kanton mit
gutem Beispiel voran und verzichten auf bienenschädigende, da hochwirksame
Insektizide auf kantonseigenem Kulturland! Ein Teil des Inhalts ist nun überholt.
Nach der EU hat auch die Schweiz einige der toxischen Insektizide verboten. Das
ist gut so. Und für den anderen Teil möchte ich dem Kanton und der WAK dan-
ken, dass sie sich dem Thema angenommen haben, und dem Kanton, dass er auch
weitergehende Massnahmen formuliert hat. Das Postulat ist ein gutes Beispiel da-
für, dass sich ein Dranbleiben am Thema eben doch lohnt. Wichtig ist nun die
Verankerung von bienenfreundlichen Massnahmen beziehungsweise das Verbot
von bienenschädigenden Massnahmen in den Pachtverträgen im Rahmen deren
Erneuerung.

Das Postulat zeigt noch etwas: Manchmal braucht es in der Politik einen richtig langen Atem. So haben wir Grünliberale damals noch mit Judith Bellaiche (*Altkantonsrätin*) diesen Vorstoss erstmals vor fast zehn Jahren eingereicht. Ein zweiter, gleichlautender Vorstoss folgte vor sechs Jahren, nachdem der erste Versuch bei Regierung und Parlament noch gescheitert ist. In diesem Sinne nochmals besten Dank an alle, die zur Rettung unserer Bienen beitragen, in welcher Form auch immer.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 135a/2018 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.